

INTERPELLATION VON THOMAS LÖTSCHER

BETREFFEND SOZIALHILFEBETRUG

VOM 24. AUGUST 2007

Kantonsrat Thomas Lötscher, Neuheim, hat am 24. August 2007 folgende **Interpellation** eingereicht:

Kürzlich wurde in der Stadt Bern der Fall eines Drogenhändlers und Sozialhilfebezügers bekannt. Der im Drogenhandel tätige Iraner besass zwei teure Autos und bezog von der Stadt Bern monatlich 2600 Franken Sozialhilfe. Es handelt sich dabei um keinen Einzelfall. Gemäss Presse schätzt die abtretende Leiterin der Stadtberner Sozialdienste die Betrugsquote auf 10 bis 20 Prozent.

Eine Ursache des Problems ist im mangelnden Informationsfluss zwischen Amtsstellen begründet, welcher auf datenschützerische Hürden zurückzuführen ist. Wenn wir unsere Sozialwerke langfristig sichern wollen, ist es wichtig, Missbrauch und Betrug konsequent zu bekämpfen. Der Kanton Bern prüft nun gemäss Presse, wie "unnötige Hürden beim Datenschutz in der Sozialhilfe" abgebaut werden können.

Diese Zustände werfen unweigerlich Fragen auf zur Situation im Kanton Zug. Auch wenn ein grosser Teil der Sozialhilfe über die Gemeinden läuft, ist in dieser Frage auch der Kanton gefordert. Insbesondere gilt dies für den gesetzgeberischen Teil aber auch für die Vernetzung mit den Gemeinden. Ich möchte von der Regierung deshalb wissen:

1. Ist die rechtliche Situation im Kanton Zug namentlich im Bereich der datenschützerischen Hürden in der Sozialhilfe mit jener der Stadt Bern vergleichbar?
2. Ist in der Zuger Sozialhilfe mit einer vergleichbaren Missbrauchs- und Betrugsquote von 10 bis 20 Prozent zu rechnen?
3. Wie hoch ist der Ausländeranteil an des Missbrauchs oder Betrugs überführten Sozialhilfebezüger?
4. Welche Strafen werden in der Realität bei Missbrauchs- und Betrugsfällen ausgesprochen? Besteht heute bereits die Möglichkeit des Landesverweises bei ausländischer Staatsangehörigkeit der Täterschaft?
5. Was gedenkt der Kanton Zug zu tun, um Missbrauch und Betrug der Sozialhilfe zu unterbinden, den Datenaustausch betroffener Amtsstellen zu erleichtern und die Gemeinden bei der Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch und -betrug zu unterstützen?